



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

spd/III/125

Hannover, den 13.10.1948

## Um die Beamtenpensionen

F.W. Bin im Zusammenhang mit der Etatberatung eingebrachter sozialdemokratischer Initiativantrag, die Beamtenpensionen über zweihundert DM aus Gründen der Sparsamkeit gestaffelt zu kürzen, wurde von der Mehrheit des Wirtschaftsrates mit der Begründung abgelehnt, dass diese an sich notwendige Massnahme erst im Zusammenhang mit einem in Vorbereitung befindlichen neuen Versorgungsgesetz getroffen werden könne. Die Arbeiten an diesem Gesetz stehen, wie man erfährt, vor dem Abschluss. Wie nicht anders zu erwarten, enthält es weittragende Entscheidungen. Dafür das notwendige Verständnis aufzubringen, wird niemandem schwerer fallen als den davon Betroffenen.

Die seit der Währungsreform häufig zitierte "Diktatur der leeren Kassen" zwingt zu drastischen Einsparungen, von denen nach Ansicht vieler Kreise die Beamtenpensionen nicht ausgenommen werden können. Die Beamten selber halten dem entgegen, dass es sich bei ihren Pensionen um Beträge handelt, die während ihrer Dienstzeit vom Gehalt einbehalten wurden und dass sie darauf auch unter den heutigen Verhältnissen mindestens den gleichen Anspruch hätten, wie etwa die Sozialversicherten, denen noch niemand eine Kürzung zugemutet habe. Ohne Zweifel enthalten diese Argumente einen vernünftigen Kern, doch ist auch ihre Überzeugungskraft begrenzt, wenn die erforderlichen Geldmittel einfach nicht mehr vorhanden sind. Dies ist in den meisten Ländern und Gemeinden bereits der Fall. Im übrigen sind durch den verlorenen Krieg und seine Folgen so viele "wohlerworbenen Rechte" aufgehoben worden, dass es vom Standpunkt des Gesetzgebers aus als nicht gerecht erscheinen kann, wollte man nur einem Berufsstand seine den Vorkriegsverhältnissen angemessenen Ansprüche erhalten, zumal dies auf Kosten anderer Gruppen ginge, für deren Altersversorgung die Mittel ebenfalls von der Allgemeinheit aufgebracht werden müssen.

Zu begrüßen ist, dass man gewillt zu sein scheint, den Sparmassnahmen auf diesem Gebiet einen vorläufigen Charakter zu geben. Das Versorgungsgesetz für die der bizonalen Verwaltung unterstehenden Beamten dürfte nur insoweit Einsparungen vorsehen, als sie

sich aus einer Vereinfachung der Bestimmungen ergeben. Daneben ist dann mit einer weiteren Sparverordnung zu rechnen, deren Abstriche etwa eine Summe von 50 Millionen DM pro Jahr erbringen sollen. Da der von der Bizone aufzubringende Gesamtbetrag für Pensionen jährlich 640 Millionen DM beträgt, entsprechen die 50 Millionen DM kaum dem, was an Einsparungen heute vorgenommen werden muss. Der möglicherweise bestehenden Absicht, generelle Kürzungen an den Pensionen vorzunehmen, steht aber entgegen, dass etwa 50 Prozent der hier in Betracht kommenden Pensionäre - vor allem von Bahn und Post - nicht mehr als 200 DM monatlich erhalten, ein Betrag, der bei den heutigen Verhältnissen nicht angetastet werden kann. Die höher gestuften Beamten sind zahlenmäßig so gering, dass eine Kürzung ihrer Bezüge für die Gesamtsumme kaum ins Gewicht fallen dürfte. Weil aber die gesetzliche Neuregelung für die Bizone richtungweisend für Länder und Gemeinden zu sein hat, sollte man hier ein Beispiel an sozialer Gerechtigkeit geben, wenn es um eine gestaffelte Kürzung der höheren Pensionen geht.

Eine für die gesamte Bizone verbindliche Gesetzgebung geht über die Zuständigkeit des Frankfurter Wirtschaftsrates hinaus, sie kann erst von dem künftigen "Dund" geschaffen werden. Eine Angleichung der Pensionssätze, die jetzt den Flüchtlingsbeamten von seiten der Länder gewährt werden, erscheint dringend geboten; ebenso eine positive Entscheidung über die Bezüge der nicht wieder übernommenen ehemaligen Reichsbeamten, die teilweise überhaupt keine Pension erhalten, weil es für ihr Amt keinen Rechtsnachfolger gibt.

In der letzten Zeit hat die hier und dort getroffene Pensionsregelung für Nationalsozialisten eine heftige öffentliche Kritik gefunden. Entlastete und Mithelfer erhalten, wenn die allgemeinen Voraussetzungen gegeben sind, die ihnen zustehende Pension. Für Nationalsozialisten, die durch Spruchkammerbescheid in die Gruppe III eingestuft sind, dürfte die zu erwartende bizonale Sparverordnung eine Entscheidung bringen, wonach sie keinen Anspruch auf Nachzahlung von Pensionen haben und zur Rückzahlung verpflichtet sind, wenn ihnen Pensionen gezahlt worden sind.

Erhard -- begehrt und umstritten

sp. Ein Rundschreiben des ersten Vorsitzenden der FDP in der britischen Zone verwahrt sich dagegen, dass die CDU den Wirtschaftsdirektor Prof. Dr. Erhard für sich reklamiere. Erhard gehöre nicht der CDU an. Prof. Erhard wurde, so wird mit Nachdruck erklärt, durch die FDP auf seinen Posten berufen. - Ein edler Wettstreit, fürwahr, der doppelt deutlich zeigt, wohin Professor Erhard gehört. (1/1410/1/he)

## Starke Worte - schwache Argumente

## Nachwort zur Parteitag der Tories

Von unserem Londoner B.R.-Korrespondenten

Die Neuwahlen zum englischen Unterhaus in knapp zwei Jahren werden besonders scharfe Schatten voraus, als die Konservativen ihren Parteitag an der Küste von Wales in dem kleinen Llandudno zelebrierten. Man muss das schon so nennen, denn - wie ja auch der Parteitag der Labour Party gezeigt hatte - diese als so nüchtern verschrienen Engländer haben eine Vorliebe für "Aufmachung", in der sich naive Freude an Schaueindrücke mit dem Raffinement eines traditionsgeschulten parlamentarischen Apparates mischen.

Der Einzug Churchills, wohlweislich erst an letzten Tage angesetzt, vollzog sich wie der Auftritt des Stars und durch einen Aufwand von viertausend Delegierten, wodurch allein schon eine gründliche und sachliche Konferenzarbeit unmöglich wurde - wurde der begeisterte Rahmen geschaffen. Die Art und Weise, wie Churchills Rede abgestimmt war, auf das zu Vortage von Anthony Eden gehaltene Referat, unterstrich noch einmal die Konzentration auf die Parole des nächsten Wahlkampfes: Der Kommunismus ist der Feind im Innern wie in der grossen Weltpolitik und die Labour Party - wie feindlich auch manche der führenden Persönlichkeiten dem Kreml gegenüberstehen - ist durch ihre marxistische Vorbelastung unfähig, dieser Gefahr mit dem notwendigen Nachdruck entgegenzutreten. Auf Churchills Formel gebracht: Nur die Atombombe in Amerikas Besitz steht noch zwischen uns und der völligen Auslieferung Europas an den Kreml.

Eden hatte am Vortage die weltpolitische Lage umrissen und daraus die Forderung nach drei Gruppen von Einheiten gezogen: Einheit des Empire, Einheit Westeuropas und Einheit mit USA, den drei Säulen, auf denen die Sicherheit beruhe; eine Forderung, die von den Aussenpolitikern der Labour Party selbst weitgehend vertreten wird, wie<sup>es</sup> ja überhaupt das Kennzeichen dieser Tagung war, die Unterstützung der von Bevin geführten Aussenpolitik zu betonen, insbesondere das Rüstungsprogramm. So auch Churchill, der dann aber der Labour Party die Fähigkeit absprach, diese Politik wirkungsvoll durchzuführen. Und so kam er zu dem Ergebnis: "Noch ein sozialistisches Parlament, und unser Schicksal wird besiegelt - unsere ruhmreiche Position, die Grossbritannien durch die Jahrhunderte einnahm, ist damit endgültig abgeschlossen."

Dabei machte Churchill einige Bemerkungen, die zeigen, wie ein gut Teil der gegenwärtigen Schwierigkeiten mit den Russen durch die Politik entstanden ist, die nicht die Labour Party, sondern - das Churchill-Kabinett durchgeführt hat, in dem nun gerade dies wieder vor allem die persönliche Angelegenheit Winston Churchills war. Er meinte zum Beispiel, man hätte besser daran getan, Berlin durch britische Truppen und Prag durch amerikanische erobern zu lassen, was damals durchaus möglich gewesen wäre. Nun, wenn einmal die Geschichte ein objektives Urteil über die Zusammenarbeit der Westmächte

mit den Russen während des zweiten Weltkrieges fallen wird, dann wird sie an der Tatsache nicht vorbeigehen können, dass in Teheran und Jalta von Roosevelt und Churchill Konzessionen gemacht wurden, die die entsprechende Festlegung der Linie, wo sich Ost und West treffen sollen, ganz nach den russischen Wünschen ordneten.

Die Resonanz auf den Parteitag war teilweise einigermaßen zwiespältig. Redner, die betonten, statt nach Washington hätte die Regierung nach Ottawa gehen sollen, um die neue Aufrüstung als Reichsverteidigung aufzubauen, die damit also den Empiregedanken auf die Spitze trieben, fanden eben solchen Beifall wie diejenigen, die am nächsten Tag forderten, vor allem müssen wir in Schritt und Tritt mit USA zusammengehen.

Fasst man zusammen, so war es, insbesondere für den deutschen Besucher - und es gab auch einige ehemalige Kriegsgefangene unter diesen, die in der Nähe auf Farmen als freie Arbeiter tätig sind - erstaunlich, wie nicht nur in den entscheidenden Grundfragen der Außenpolitik, sondern auch in der Wirtschaftspolitik die Konservativen, zur Macht gekommen, in der Praxis offenbar nicht allzu viel von Grund auf anders machen würden als ihre Gegner, trotz allen starken Worten gegen Labour. Insbesondere die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Wirtschaftsplanung, der Disposition der Kräfte, der Methoden, die Vollbeschäftigung zu wahren, der Aufgabe, die nun wieder stärker angekurbelte Rüstungswirtschaft so wenig wie möglich den zivilen Sektor beschränken zu lassen - diese Elemente eines wirtschaftlichen Denkens, das vor hundert Jahren schon Gemeingut der Sozialisten war - ob sie das Kommunistische Manifest akzeptierten oder nicht - das alles hat sich heute unter der Wucht der Tatsachen als selbstverständliches Erfordernis ergeben. In dieser Verzögerung um hundert Jahre, in alledem, was um der Verzögerung willen Weltgeschichte wurde, liegt die entscheidende Kritik an dem kapitalistischen System. So kommt es denn, dass nach dem Parteitag ein unabhängiges Blatt wie der "Observer" feststellt: "Das Programm der Konservativen überrascht vor allem durch weitgehende Übereinstimmung zwischen den Tories und der Labour Party. Gewiss, in der Frage der Verstaatlichung der Stahl-Eisenwirtschaft besteht Streit, sonst aber haben die Tories keine wesentlichen Argumente gegen Bevin und Sir Stafford Cripps; sie werden nicht viel ändern, sollten sie wieder zur Regierung kommen. Sie haben die Nationalisierung der Kohlenindustrie, der Versorgungswirtschaft, der Verkehrsmittel, der Bank von England akzeptiert. Es würde eine Akzentverlagerung geben, die Privatwirtschaft würde mehr unterstützt werden - aber keinerlei grundsätzliche Änderung der bisheriger Wirtschaftspolitik würde eintreten."

Krise: ja - Verfall: nein

Die Situation der CSU  
 Von unserem gelegentlichen Mitarbeiter in München

Die bayerische CSU befindet sich in einer Krise. Meldungen und Gerüchte, die von einem Verfall sprechen, treffen jedoch nicht zu. Die Krise beruht auf dem Kurswechsel, den die Partei zur Zeit gegenüber Frankfurt vollzieht, auf den Folgeerscheinungen des Rücktritts von Fritz Schäffer, sowie auf dem Geldmangel, der die Parteikassen leer werden liess.

Am interessantesten ist die Wirtschaftspolitik der CSU. Die Einwände, die von Seiten des Bauernflügels seit langem gegen die Ernährungs- und Wirtschaftspolitik Schlange-Schöningsens erhoben werden, haben nun auch auf andere Kreise übergreifen. Joseph Müller, Landesvorsitzender der Partei und stellvertretender Ministerpräsident, bisher einer der eifrigsten Verteidiger von Schlange-Schöningsens und Professor Erhards Politik, hat öffentlich erklärt, dass Bayern eine Revision der Politik des Wirtschaftsministers Dr. Schlögel in anderen politischen Fragen unterstützen, so etwa bei Fraktionsitzungen und im Ministerrat. Denn Träger der Politik gegen das Ernährungsamt in Frankfurt ist Dr. Schlögel. Die Vorwürfe gegen Professor Erhard bleiben zwar bestehen, sind aber zunächst vertagt worden.

Die Nachwahlen des Rücktritts von Schäffer treten demgegenüber in den Hintergrund. Schäffer hatte sich durch seinen Über-eifer im Kampf gegen Müller weitgehend seine Sympathien sogar in den Kreisen verscherzt, die ihm in der Sache recht geben. Schäffer sitzt jetzt in seiner Anwaltskanzlei und wartet ab. Die Bayernpartei legt keinen Wert auf ihn, weil deren Vorsitzender, Dr. Baumgartner, Fritz Schäffer als Konkurrenten auf dem Posten des Landesvorsitzenden fürchtet. Wohl sind in der CSU einige Kreis- und Ortsvereinsvorsitzende in Oberbayern durch den Rücktritt des oberbayerischen Bezirksvorsitzenden beeindruckt worden, die Masse der Kreisverbände ist jedoch längst wieder zur Tagesordnung übergegangen.

Bedenklicher ist die Finanzkrise. Der Parteiverlag ist am Ende. Bis zur Währungsreform hatte der Parteiverlag immerhin Einnahmen, die es ihm ermöglichten, das Landessekretariat weitgehend zu finanzieren. Josef H. Mauerer, der Mitlizenzträger und Chefredakteur - der andere Lizenzträger des Parteiverlages ist Dr. Müller selbst - legte infolge der Krise und weil es nicht gelang, finanzielle Mittel herbeizuschaffen, die Lizenz nieder. Wie leer die Kassen sind, geht unter anderem daraus hervor, dass die Landesgeschäftsstelle seit der Währungsreform die Mietschuldig bleiben musste. Noch besteht keine Aussicht, dass Geld beschafft werden kann. Die Mitgliederzahl der CSU, die unter Hunderttausend liegt, ist zu gering, dass etwa durch eine Umlage Mittel herbei-

geschafft werden könnten.

Am 12. Oktober ist Joseph Müller nach Frankfurt gefahren, um dort mit Schlange-Schönningen zu verhandeln. Der Landwirtschaftsminister und der Ministerpräsident blieben jedoch zu Hause. Lediglich einige Referenten des Landwirtschaftsministeriums sind zur Unterstützung Dr. Müllers mit nach Frankfurt gefahren. Die Attacke gegen Wirtschaftsminister Erhard ist so lange zurückgestellt worden, bis Klarheit über die Politik Schlange-Schönningens erreicht worden ist. Wie es heisst, werden die CSU-Abgeordneten die Stellung der Vertrauensfrage im Falle Schlange-Schönningens fordern und dann gegen ihn stimmen. Damit wäre der Ernährungsdirektor gestürzt. Es ist wahrscheinlich, dass sich daraus ein ernster Konflikt zwischen der bayerischen CSU und der CDU entwickelt, zumal Dr. Müller und Adenauer bereits seit längerem wenig gut aufeinander zu sprechen sind. (tehe/1210/1/he)

#### Bonner Barometerstand

sp. Bonn, 13. Oktober - Noch in dieser Woche soll, wie wir an massgebender sozialdemokratischer Stelle erfahren, die erste interfraktionale Sitzung der SPD und der CDU/CSU in Bonn stattfinden. In ihr soll der Versuch gemacht werden, eine möglichst breite Zwischenbasis für den Entwurf des Grundgesetzes zu finden, der über den Hauptausschuss an das Plenum gehen soll. Dabei wird es sich vermutlich im wesentlichen um die Frage der Gleichberechtigung der beiden Kammern bei der Gesetzgebung handeln. Die SPD tritt in ihrer überwiegenden Mehrheit für das Semtsprinzip ein, und sie findet darin seltsamerweise in Dr. Adenauer einen Bundesgenossen, der mit dieser seiner Auffassung im Widerspruch zu der Mehrheit seiner Fraktion steht. Die SPD lehnt entschieden eine uneingeschränkte Mitwirkung der zweiten Kammer an der Gesetzgebung ab.

Im Übrigen hat vor einiger Zeit, wie man hört, der Fraktionsführer der CDU/CSU, Dr. Pfeiffer-München, den Versuch gemacht, alle bürgerlichen Parteien zu einer gemeinsamen Fraktionssitzung einzuladen, um dabei zu einer Art Blockbildung gegen die SPD zu kommen. Dagegen aber hat sich vor allem Dr. Theodor Heuss von der FDP gewandt mit der Erklärung, man könne nicht auf der einen Seite mit der SPD offen reden und verhandeln, gleichzeitig aber gegen sie eine Art Koalition wirksam werden lassen.

Eine sehr unstrittene Frage ist noch, in welchem Verhältnis das in Vorbereitung befindliche Besatzungsstatut zu den Arbeiten am Grundgesetz stehen soll. Die Arbeiten der verantwortlichen alliierten Stellen am Besatzungsstatut gehen sehr langsam vorwärts, man soll jetzt ungefähr beim zwanzigsten Entwurf angelangt sein. Nach gewissen andeutenden Hinweisen von unterrichteter Seite scheint das Gesamtbild nicht besonders erfreulich: der Teil der Kompetenzen, die eindeutig bei den Alliierten bleiben sollen, ist noch beachtlicher als die Gruppe der Zuständigkeiten, bei denen sie sich ein Einspruchsrecht vorbehalten, während der Rest der klar den Deutschen zugestandenen Entscheidungen äusserst bemessen ist. Man ist an sozialdemokratischer Stelle der Auf-

13. Oktober 1948

fassung, dass es nicht sehr zweckmässig wäre, sich im Hauptausschuss bereits in den Einzelheiten festzulegen, ehe man nicht das Besetzungsstatut wenigstens in seinen Grundzügen kennt.

Bemerkenswert sind schliesslich Interventionsversuche der Franzosen bei den ihnen dafür geeignet erscheinenden Stellen. Sie zielen auf die Verstärkung der föderalistischen Tendenzen bei den Bonner Beratungen hin und es wird bereits jetzt warnend darauf hingewiesen, dass die französische Regierung ihre erforderliche Zustimmung zum Grundgesetz andernfalls versagen würde. Es wird in solchen Gesprächen auch mit dem Schotten de Gaulles gedroht, dessen Person bei einer allzu zentralistischen Lösung sehr gestärkt werden würde. Wenn der General vor der endgültigen Durchführung der Londoner Abmachungen an die Macht käme, wäre es wahrscheinlich, dass er darnach die extreme föderalistische Linie seiner Deutschlandpolitik erheblich forcieren würde, wobei er freilich wiederum auf amerikanische Interessen und Vorstellungen Rücksicht zu nehmen hätte. (m/1/1310/1/he)

#### Hütterer Bittgang

sp. "Eine masslose marxistische Verhetzung droht diese Arbeit (des Herrn Prof. Erhard - sp.Red.) zu gefährden und unter Ausnutzung des Preismoments die Rückkehr zur Befehlswirtschaft zu propagieren. Nur eine intensive politische und wirtschaftliche Aufklärung kann uns davor behüten. Dazu aber benötigen wir Ihre Hilfe! Helfen Sie uns in der Beschaffung und Bereitstellung der für die Durchführung des Wahlkampfes unvermeidlichen und wichtigen finanziellen Mittel. Lassen Sie bitte angesichts der Bedeutung der bevorstehenden Entscheidung unseren Appell an Ihre Grosszügigkeit nicht ungehört verhallen. Mit vorzüglicher Hochachtung", folgen dann mehr oder weniger eindrucksvolle Namen.

In kurzer Zeit sind uns vier Rundschreiben dieser Art zugegangen. In einem davon ist auch die Rede davon, dass die CDU "unbeirrbar diesen Weg fortsetzen wird" - den Weg Erhards, wohlgemerkt, "dessen Ziel der Wiederaufbau einer gesunden Volkswirtschaft ist". - Fragt sich nur, gesund für wen?

Es ist eigentlich betrüblich, dass eine Partei, die mit so grosser Berechtigung auf ihre Verdienste um Unternehmertum und Willkürwirtschaft hinweisen kann, zum Dank bei eben diesen Stellen betteln gehen muss. Das sollte sich diskreter machen lassen. Aber die CDU muss offenbar am eigenen Leibe erfahren, dass das Gefühl der Verpflichtung jener Kreise, auch der politischen Vertretung der eigenen Interessen gegenüber, dort aufhört, wo das Konto strapaziert wird. (p/1/1310/1/he)

Verantwortlich: Peter Raunau